Die russischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

Prof. Dr. Eberhard Schneider

November 2011

Zusammenfassung

Am 4. Dezember 2011 wird das russische Parlament gewählt und am 4. März 2012 der russische Präsident. An der Staatsdumawahl nehmen die sieben beim russischen Außenministerium registrierten Parteien teil, darunter die vier in der Staatsduma vertretenen. Das politische Hauptaugenmerk ist auf das Abschneiden von „Einiges Russland“ gerichtet, dessen Vorsitzender Premier Wladimir Putin ist. Nach letzten Umfragen wird die Machtpartei 51 % der Stimmen bekommen, was gegenüber der letzten Staatsdumawahl 2007 ein Wählerverlust von 13,3 % und für Putin ein Imageverlust wäre. Da die Stimmen der kleinen Parteien, welche die Sieben-Prozent-Hürde nicht nehmen können, auf die im Parlament vertretenen Fraktionen entsprechend ihrem Wahlabschneiden umgelegt werden, könnte die Fraktion von „Einiges Russland“ doch noch zwei Drittel der Abgeordneten stellen. Die Zwei-Drittel-Mehrheit ist für die Änderung der Verfassung, das Überstimmen eines Präsidentenvetos und die Anklageerhebung im Rahmen eines Impeachmentverfahrens gegen den Präsidenten erforderlich.

Putin wird erneut für das Präsidentenamt kandidieren und der jetzige Präsident Dmitrij Medwedew das Amt des Regierungschefs übernehmen. Putin kann sich auf den militärisch-industriellen Komplex, die Agrarlobby, auf die Silowiki und die Gas- und Ölindustrie stützen. Zur Gefolgschaft Medwedews, der gern noch ein zweites Mal als Präsident kandidiert hätte, gehören der infolge der Finanzkrise geschwächte private Bankensektor, junge Unternehmer, Wissenschaftler und Facharbeiter. Sie bilden die 15 - 25 % starke Mittelklasse und haben wenig Kapital und Einfluss in Moskau. Die wirtschaftlich-technokratische Modernisierung, die Putin will, wird an ihre Grenzen stoßen, wenn sie nicht auch eine politische Modernisierung, die Medwedew will, einschließt.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

ANALYSE

Am 4. Dezember 2011 wird zum sechsten Mal das russische Parlament gewählt, die Staatsduma. Drei Monate später wird ein neuer russischer Präsident gewählt. An der Parlamentswahl nehmen die beim russischen Justizministerium registrierten Parteien teil. Das sind die vier im gegenwärtigen Parlament vertretenen Parteien sowie drei weitere.

Zur Staatsdumawahl zugelassene Parteien[1]

Partei	Gründungs-jahr	Mtglieder-zahl	Vorsitzender	Wahlergebnisse 2007 (in %)
Einiges Russland (ER)	2001	2.009.937	Wladimir Putin	64,3
Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	1993	154.244	Gennadyj Sjuganow	11.57
Liberal-demokratische Partei Russlands (LDPR)	1992	185.573	Wladimir Schirinowskij	8,14
Gerechtes Russland (GR)	2006	414.558	Nikolaj Lewitschew	7,74
Jabloko	1995	54.911	Sergej Mitrochin	1,59
Rechte Sache	2009	64.022	Andrej Dunaew	-
Patrioten Russlands	2002	86.394	Gennadij Semigin	0,89

Wenn eine Partei registriert werden will, muss sie seit dem 1. Januar 2010 45.000 Mitglieder nachweisen, vor dieser Reform durch Medwedew 50.000, ab 1. Januar 2012 nur noch 40.000. Die Parteien, die bei der Wahl mehr als 3 % der Stimmen bekommen, erhalten 20 Rubel pro Jahr und pro Stimme vom russischen Staat.

Für die diesjährige Staatsdumawahl gelten einige Neuerungen, die Medwedew eingeführt hat:

- Die neue Staatsduma wird eine um ein Jahr verlängerte Legislaturperiode von fünf statt bisher vier Jahren haben.
- Diejenigen Parteien, die es nicht in die Staatsduma schaffen, aber beim Justizministerium registriert sind, müssen, um kandidieren zu können, nicht mehr wie bisher 200.000, sondern nur noch 150.000 Unterschriften sammeln. (Diejenigen Parteien, die der Staatsduma angehören, müssen keine Unterschriften sammeln.)
- Um an der Staatsdumawahl teilnehmen zu können, müssen die Parteien bei der Zentralen Wahlkommission kein finanzielles Wahlpfand mehr hinterlegen. Es war verloren, wenn die Partei weniger als 4 % der Stimmen bekommen hat. Bei der letzten Staatsdumawahl 2007 betrug das Wahlpfand 1,7 Mio. €.

[1] Quellen: Homepages der Parteien: www.er.ru, http://kprf.ru/, www.ldpr.ru, www.spravedlivo.ru, www.yabloko.ru, www.pravoedelo.ru, www.patriot-rus.ru

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

- Alle in der gegenwärtigen Staatsduma vertretenen Parteien erhalten Garantien für den gleichen Zugang zu den staatlichen Fernseh- und Rundfunkkanälen.
- Parteien, die mehr als 5 % der Stimmen bekommen, aber nicht die erforderlichen 7 %, dürfen einen bzw. – bei 6 % – zwei Abgeordnete in die Staatsduma entsenden.

Welche Stimmen haben die in der Staatsduma vertretenen Parteien zu erwarten, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären? Eine Umfrage des Lewada-Zentrums in Moskau vom 28. Oktober bis 1. November unter 1.586 Personen über 18 Jahren in 130 Bevölkerungspunkten in 45 Regionen bei einer statistischen Fehlerquote von unter 3,4 % ergab folgendes Bild: ER bekommt 51 %, KPRF 20 %, LDPR 14 %, GR 7 %, Jabloko 4 %, Rechte Sache 1 %, Patrioten Russlands 1 %.[2]

In der gegenwärtigen Staatsduma stellt ER 315 Abgeordnete von 450, das sind 70 %. Diesen hohen Abgeordnetenanteil konnte die Machtpartei stellen, weil 2007 neun Parteien nicht 7 % erreichten und ihre Mandate auf die übrigen Parteien entsprechend ihrem Wahlergebnis aufgeteilt wurden.

Putins große Sorge ist, dass ER bei der Staatsdumawahl am 4. Dezember schlechter abschneidet als vor vier Jahren und im neuen Parlament nicht zwei Drittel der Abgeordnete stellt. Zwei Drittel aller Stimmen sind erforderlich für die Verabschiedung von föderalen Verfassungsgesetzen (Verfassungsartikel 108, Abs. 2), das Überstimmen eines Präsidentenvetos (Art. 107, Abs. 3) und die Anklageerhebung im Rahmen eines Impeachmentverfahrens gegen den Präsidenten (Art. 93, Abs. 2). Zu den föderalen Verfassungsgesetzen gehört die Veränderung der Verfassung in den Kapiteln 3 bis 8, also der Verfassung ohne die ersten beiden Kapitel über die „Grundlagen der Verfassungsordnung“ und die „Rechte und Freiheiten des Menschen und des Bürgers“ (Art. 136).

Auf ihrem Wahlparteitag am 24. September schlug Putin den 11.000 Delegierten vor – bei den KPdSU-Parteitagen genügten noch 5.000 Delegierte –, dass die 600 Namen umfassende Kandidatenliste von ER für die 450 Staatsdumamandate, von denen 185 auf die Volksfront entfallen, Medwedew anführt.[3] Medwedew, welcher der Machtpartei nicht angehört, soll wohl Stimmen liberaler Wähler für ER gewinnen. In einem Interview mit der „Deutschen Welle“ verglich Gorbatschow Mitte August „Einiges Russland“ mit der KPdSU. Die Machtpartei ziehe das Land in die Vergangenheit zurück.[4]

Als Instrument, um mehr Zustimmung bei der Bevölkerung zu erreichen, dient die Anfang Mai gegründete der ER-nahen Volksfront durch Putin. Auf diese Weise wurde ER für Nicht-Parteimitglieder geöffnet, die auf der politischen Linie der Machtpartei liegen. Inzwischen gehören der Volksfront fast alle wichtigen Massenorganisationen und Verbände an, angefangen von den Gewerkschaften, über die Unternehmerverbände usw.

Zum Wahlprogramm von ER erklärten die Delegierten kurzerhand die Reden Medwedews und Putins.[5] Medwedew hatte seine Rede – im Unterscheid zu Putin - strukturiert mit folgenden acht Programmpunkten:

1. Modernisierung der Wirtschaft, des Bildungssystems, technische Umrüstung der Industrie, Verbesserung des Investitionsklimas, Schaffung einer Innovationsinfrastruktur, Erhöhung der Arbeitsproduktivi-

[2] Kommersant, 8.11.2011.
[3] http://www.edinros.ru/news/2011/9/24/vladimir-putin-v-centre-vnimaniyavsegda-dolzhen-byt-chelovek
[4] http://top.rbc.ru/politics/15/08/2011/610408.shtml
[5] http://er.ru/news/2011/9/24/predvybornaya-programma-partii-edinaya-rossiya

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW
Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany
Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06
E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

tät und der Sicherheit der Arbeitsplätze mit dem Ziel der Verbesserung der Einnahmen der Bevölkerung, größere Einnahem der Firmen und der Budgets auf allen Ebenen.

2. Erfüllung der sozialen Verpflichtungen, wenn möglich eine Erhöhung der Gehälter und der Pensionen, Kampf gegen die Armut, Modernisierung des Gesundheitswesen.
3. Ausrottung der Korruption, Transparenz der Einnahmen der Beamten und der staatlichen Einkäufe.
4. Stärkung des Rechtssystems bezüglich seiner Unabhängigkeit, Transparenz und Gerechtigkeit, Humanisierung der Strafgesetzgebung hinsichtlich der Wirtschaftsvergehen.
5. Förderung einer übernationalen und überkonfessionellen Welt; Kampf gegen illegale Migration, ethnisch begründete Kriminalität und gegen Erscheinungen der Xenophobie sowie des Separatismus; Unterstützung der freien Entwicklung aller Kulturen der Völker Russlands, aller traditionellen Konfessionen.
6. Schaffung eines modernen politischen Systems, das Verständnis hat für alle, auch für sehr kleine soziale Gruppen, die gehört und an den Prozessen der staatlichen und gesellschaftlichen Leitung zu beteiligen sind.
7. Innere und äußere Sicherheit, effektive Polizei, starke Streitkräfte.
8. Selbständige durchdachte Außenpolitik mit dem Ziel der Erhöhung des Lebensstandards der Menschen und der Garantie ihrer Sicherheit.

Präsidentschaftswahl

Am 24. September schlug Dmitrij Medwedew auf dem Wahlparteitag Wladimir Putin als Kandidaten für die Präsidentenwahl im kommenden März vor.[6] Medwedew bezeichnete seinen Kandidatenvorschlag als eine „tief durchdachte Entscheidung“. Er habe mit Putin diese Variante der Entwicklung schon zu jener Periode besprochen, als sie einen „kameradschaftlichen Bund“ geschlossen haben.

Diese Kandidatenaufstellung kam überraschend. Putin und Medwedew mögen im Herbst 2007 diese Kandidatenaufstellung abgesprochen haben. Zwischenzeitlich gewann Medwedew an Profil und hoffte wahrscheinlich, Putin umstimmen zu können. Medwedew hatte in letzter Zeit zwar nicht direkt, aber doch deutlich mehrmals zu verstehen gegeben, dass er gern für eine zweite Amtszeit kandidieren würde, zuletzt in seinem Interview mit der „Financial Times“ am 18. Juni.

Die putinkritische Zeitung „Nowaja gaseta“ („Neue Zeitung“) ging noch einen Tag vor Putins Nominierung am 23. September davon aus, dass Medwedew für eine zweite Amtszeit kandidieren wird, was die Verfassung erlaubt, und dass im Gegenzug Putin als Regierungschef mehr Vollmachten erhalten wird, was eine gewisse Veränderung des russischen politischen Systems in Richtung eines parlamentarischen Regierungssystems bedeutet hätte. Und sie gab eine Umfrage unter 4.175 Personen nach einer dritten Amtszeit Putins wieder: 904 Personen hielten sie für möglich (21,7 %), 2.837 Befragte nicht für möglich (68,0 %), 434 Personen hatten keine Meinung (10,4 %).[7]

[6] http://www.edinros.ru/news/2011/9/24/medvedev-vozglavil-spisok-edinoj-rossii
[7] http://novayagazeta.ru/data/2011/109/02.html

Der Leiter der Stiftung „Effektive Politik“ und ehemalige Polittechnologe Putins, Gleb Pawlowskij, ist der Meinung, dass innerhalb eines Monats ein gewaltiger Druck auf Medwedew ausgeübt worden ist, auf seine bis dahin vorgesehene Präsidentenkandidatur zu verzichten.[8] Worin dieser Druck bestand, konnte er nicht sagen. Aber dieser Druck muss groß gewesen sein. Möglicherweise bestand er in dem befürchteten Risiko einer sozio-politischen Destabilisierung Russlands.

Der Stellvertretende Präsident der „Russischen Union der Industriellen und Unternehmer“ sowie Leiter von Medwedews Think Tank, des „Instituts für moderne Entwicklung“, Igor Jürgens, – Medwedew ist Vorsitzender des Kuratoriums dieses Instituts – deutete einen Konflikt im Hintergrund an, der zum Verzicht Medwedews auf seine erneute Kandidatur geführt hat. In seinem Interview mit der Zeitung „Kommersant“ am 18. Oktober rechnete Jürgens zu Putins Unterstützern:

- den militärisch-industriellen Komplex,
- die staatlichen Rüstungsbestellungen,
- die Landwirtschaft und die Farmergemeinschaft,
- die Menschen mit Schulterklappen, womit die Gesamtheit der Silowiki (vor allem der Inlandsgeheimdienst FSB, Innenministerium, Militär) gemeint ist, sowie
- den Öl- und Gaskomplex.

Medwedews Gefolgschaft bilden folgende Gruppen:

- der private Teil des Bankensektors, der aber infolge der Finanzkrise an Bedeutung zugunsten des staatlichen Teils des Bankensektors verloren hat,
- junge Unternehmer,
- Professoren und Wissenschaftler,
- Intelligentia und
- Facharbeiter.

Sie bilden die Mittelklasse, die je nach Einteilung 15 bis 25 % der Bevölkerung ausmacht und die über wenig Kapital und Einfluss in den Strukturen des Weißen Hauses, des Regierungssitzes und des Kreml verfügt.

Den Konservativen half aus der Sicht von Jürgens zudem die internationale Situation: die „Volatilität der Weltmärkte, die Ungewissheit der Eurozone, die sehr ernsten Schwierigkeiten der USA“. Die Konservativen schlussfolgerten daraus, dass die westlichen Länder für Russland „keine Autorität“ sind, keine Bündnispartner und dass sie Russland mit seinen Probleme nicht brauchen.

Auf die Frage, warum Medwedew nicht von sich aus seine Präsidentschaftskandidatur erklärt hat, denn ein wirklicher Politiker wartet nicht, sondern er hat in sich die Kraft für den Eintritt in die Elite, in das Business, in die Gesellschaft, antwortete Jürgens, dass Medwedew sich an das große Business gewandt hat und bei einem Treffen sie fast dazu aufgerufen hat, ihn als Präsidentschaftskandidaten zu bestimmen, aber sie bestimmten

[8] http://www.ng.ru/politcs/2011-09-26/1_intriga.html

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW
Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany
Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06
E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

ihn nicht. Jürgens meint offensichtlich das Treffen Medwedews mit 27 Wirtschaftsführern privater, staatlicher und halbstaatlicher Unternehmen am 11. Juli diesen Jahres im Kreml.[9]

In einem Gespräch mit Kulturschaffenden sowie mit Vertretern der Internet-Gemeinschaft, der Massenmedien, der Wissenschaft und des Business am 15. Oktober im Zentrum Digital October in Moskau betonte Medwedew, dass er und Putin zwanzig Jahre lang „keine Konkurrenten, sondern enge Genossen und Freunde" seien. „Anders wäre meine politische Karriere in Moskau nicht möglich gewesen." Manche glauben, dass der Mensch, der Präsident geworden ist, um sich schlagen muss, denjenigen vernichten muss, der ihm in der politischen Karriere, im Leben geholfen hat. „So bin nicht erzogen worden und ich meine, dass das richtig ist."[10]

In einem Interview mit den drei großen föderalen russischen Fernsehkanälen begründete Medwedew am 30. September seinen Vorschlag, dass Putin für das Präsidentenamt kandidiert, damit, dass Putin der Politiker im Lande mit der „größten Autorität" sei und dass sein Rating „etwas höher" sei.[11] Die vom Generaldirektor des Fernsehkanals NTW, Wladimir Kulistikow, wiedergegebene Meinung der Bevölkerung „Es ist ja alles schon entschieden, wozu sollen wir noch wählen gehen", wies Medwedew als „absolut unverantwortlich, hinterhältig und sogar provokativ" zurück. Und er fügte hinzu: „Die Wahl erfolgt durch das Volk, und das sind keine leeren Worte, das ist absolut so. Jeder beliebige Politiker des Landes kann bei Wahlen ‚durchfallen', auch seine politische Kraft. Und in der Geschichte unseres Landes und anderer Länder ist das nicht einmal passiert. Niemand ist vor etwas sicher. Welche Vorbestimmtheit?"

Was meinte Medwedew mit Durchfallen? Wenn nur Putin kandidiert, wird er auch gewählt werden. Möglicherweise dachte er an die Möglichkeit, dass Putin im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit erhält, so dass eine Stichwahl erforderlich wird, was für den sehr machtbewussten Putin eine gewisse Niederlage wäre. Laut der Umfrage des Moskauer Lewada-Zentrums vom 30. September bis zum 3. Oktober würde Putin, wenn am kommenden Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, nur 42 % der Stimmen bekommen.[12]

Um Medwedew nicht zu sehr zu demütigen, schlug ihn Putin für das Amt des Regierungschefs vor. Es zeigen sich erste Anzeichen einer weltweiten Rezession, der Ölpreis fällt möglicherweise. Russland finanziert zu 40 % sein Budget aus dem Verkauf von Öl und Gas. Für den Fall, dass sich die wirtschaftliche Situation zuspitzt, die Moskau nicht in den Griff bekommen kann, könnte Medwedew dann als Premier den Sündenbock abgeben, vor allem, wenn er notwendig werdende schmerzhafte Einschnitte in das Sozialsystem wird vornehmen müssen.

Warum will Putin ein drittes Mal für das Präsidentenamt kandidieren, was die Verfassung nach einer Pause nach der zweiten Amtszeit erlaubt? Für Putin war – laut dessen eigener Aussage – die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts der Zerfall der Sowjetunion. Medwedew widersprach dieser Einschätzung in seinem oben erwähnten Interview mit der „Financial Times". Das Ende der Sowjetunion war die Folge von Gorbatschows Reformpolitik. Für Putin ist es offensichtlich notwendig, alles kontrollieren zu können. Er lehnt einen politischen Reformprozess ab in der Sorge, er könnte sich verselbständigen und zu unerwarteten Ergebnissen führen.

Der politische Reformprozess, den Medwedew vorsichtig begann, indem er den kleineren Parteien etwas mehr politischen Spielraum verschaffte und über die Rücknahme weiterer Einschnitte in das demokratische System

[9] http://www.kommersant.ru/doc/1677265
[10] http://www.kremlin.ru/news/13065
[11] http://news.kremlin.ru/news/12880

öffentlich nachdachte, die der damalige Präsident Putin 2000 und 2004 vorgenommen hatte, indem Medwedew Russland in Richtung eines Rechtsstaats zu bewegen versuchte, ist für Putin offensichtlich nicht akzeptabel. Putin zieht die 2006 vom ER-Chefstrategen Wladislaw Surkow vorgeschlagene „gelenkte Demokratie" vor, der damals Medwedew öffentlich widersprach, denn es könne nur eine Demokratie ohne Adjektive geben.

Eine wirkliche Demokratie setzt bei den Herrschenden Vertrauen in die freien gesellschaftlichen Kräfte voraus, zu dem sich Putin aufgrund seiner tiefen sowjetischen Prägung augenscheinlich nicht durchringen kann. Er kann offenkundig nicht verstehen, dass eine offene Gesellschaft ein Staatswesen nicht schwächt, sondern stärkt.

Am 10. September 2009 schrieb Medwedew in einem Offenen Brief über seine Gegner, dass sie gut organisiert seien und nicht gestört werden wollen. Es sind „einflussreiche Gruppen käuflicher Beamter und nichts unternehmender Unternehmer". Weiter beschreibt er sie: „Sie haben alles… Sie wollen bis ans Ende aller Zeiten Gewinne aus den Überresten der sowjetischen Industrie pressen und die Naturschätze verhökern, die uns alle gehören. Sie schaffen nichts Neues, sie wollen keine Entwicklung und fürchten sie."[13] Diese Bürokratenkaste, die Rohstoffoligarchen und die Silowiki setzen Medwedews Modernisierungsvorschläge nicht um und erklären dann, dass Medwedew schwach sei. Sie folgen lieber dem Macher Putin, der dann macht, was sie wollen.

Unter einem neuen Präsidenten Putin wird es nur eine wirtschaftlich-technokratische Modernisierung geben. Sie wird allerdings bald an ihre Grenzen stoßen, wenn sie nicht mit einer politischen Modernisierung verbunden wird, denn die Menschen und eine Gesellschaft sind auf Dauer nicht teilbar. Medwedew wollte diese umfassende Modernisierung, konnte sie aber nicht allein und gegen den Willen Putins durchsetzen, denn er brauchte dessen Zustimmung für seine zweite Amtszeit. Wenn die umfassende Modernisierung nicht erfolgt, dürfte Russland mittelfristig auf das Niveau einer Mittelmacht absinken, in der dann selbst die Gegner einer umfassenden Modernisierung ihre heutigen Positionen nicht mehr werden halten können.

Das Moskauer Meinungsforschungsinstitut WZIOM befragte am 4. und 5. Juni 1.600 Personen in 138 Ortschaften in 46 Gebieten, Regionen und Republiken Russlands.[14] Auf die Frage, ob sie im Ausland leben möchten, antworteten 22 % mit Ja. Wird das Resultat altersmäßig aufgeschlüsselt, so haben 39 % der 18 bis 24-jährigen den Emigrationswunsch, gefolgt von den 25 bis 34-jährigen mit 28 % und den 35 bis 44-jährigen mit 22 %. Selbst die 45 bis 59-jährigen würden zu 20 % für immer ins Ausland gehen. Ein gutes Fünftel der gesamten russischen Bevölkerung - darunter zu knapp zwei Fünfteln der bis 24-jährigen, also die Zukunft des Landes – sind bereit, ihrer Heimat für immer den Rücken zu kehren. Und nicht nur etwa diejenigen wollen gehen, denen es schlecht geht: zu 26 % diejenigen, denen es gut bzw. sehr gut geht, und zu 22 % diejenigen mit mittleren Einkommen. Daraus ergibt sich, dass die jungen Eliten in Russland mit der Entwicklung in ihrem Land sehr unzufrieden sind.

***

[12] http://www.levada.ru/07-10-2011/vladimir-putin-i-ego-tretii-srok
[13] http://news.kremlin.ru/news/5413
[14] http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=111681

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

Anmerkung: *Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder. Ein ähnlicher Artikel des Autors erschien auch in „Europäische Sicherheit", Ausgabe 11/2011, S. 27 - 30.*

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Eberhard Schneider (Universität Siegen) ist Mitglied im Beirat des EU-Russia Centre in Brüssel.

Prof. Dr. Eberhard Schneider

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de